

يجب إنهاء الترحيل إلى سوريا فوراً

في بداية عام ٢٠٠٩ دخلت الإتفاقية الموقعة بين جمهورية ألمانيا الإتحادية و الجمهورية العربية السورية بخصوص ترحيل اللاجئين السوريين حيز التنفيذ

هدف هذه الإتفاقية هو ترحيل آلاف اللاجئين إلى سوريا مع العلم بأنهم مهددون بالإعتقال و التعذيب والكثير منهم لجوء إلى ألمانيا بحثاً عن الحماية بسبب تعرضهم للتمييز كونهم من أجناب سوريا المجردين من الجنسية أو كونهم أكراد أو نشطاء سياسيين أو يزيدين أو نساء بالرغم أن وزارة الخارجية و هيئات المحاكم الألمانية أكدو بخرق شديد لحقوق الإنسان في سوريا والكثير من عمليات الترحيل التي سهل تنفيذها من خلال هذه الإتفاقية إنتهت بإعتقال المرحلين إلى سوريا وهذا ما حصل مع عائلة ناسو من بعد ترحيل الأب بدر وابنه أنور في تاريخ الواحد من شباط ٢٠١٠ من مقاطعة نيدرساكسن وتعرضهم فور وصولهم إلى سوريا للإعتقال وبعد فترة إطلاق سراحهم ولكن يجب أن يبقون في البلاد وهم معرضون للإعتقال مرة ثانية في حال عدم إلغاء هذه الإتفاقية فاسوف يكون هذا مصير الكثيرين من اللاجئين السوريين ومنهم الكثيرين الذين يعيشون منذ سنين في ألمانيا ومن هذا فـ أكثر من من نصف الأشخاص المشمولين ضمن إتفاقية الترحيل يعيشون لأكثر من ستة سنين في ألمانيا والبعض لأكثر من عشرة سنين يجب علينا أن ندافع عن نفسنا ضد هذه الإتفاقية المشينة و الفاضحة و عدم السماح لعمليات ترحيل أخرى

حالة اللاجئين السوريين في نهاية الشهر الأول من عام ٢٠١٠ أصبح موضوع نقاش للبرلمان الألماني وجميع النداءات و الطلبات التي قدمت من المعارضة في البرلمان الألماني بخصوص التوقيف المباشر لعمليات الترحيل لم يوافق عليها هذا يعني أن الإتفاقية ماذالت سارية المفعول و المشمولين ضمن هذه الإتفاقية سوف يعيشون في الفترة المقبلة في الخوف و القلق لذلك يجب علينا بالعمل السياسي و المطالبة

بالغاء الإتفاقية الخاصة بترحيل اللاجئين
عدم توقيع إتفاقيات مع دول التعذيب
توقيف الترحيل إلى سوريا

شاركونا جميعاً في المظاهرات و الإحتجاجات ضد الترحيل إلى سوريا

في تاريخ ٢١ أيار ٢٠١١
الساعة الواحدة من بعد الظهر
المكان شتاخوس ميونخ



Für Demokratie und Menschenrechte in Syrien!

Keine Abkommen mit Folterstaaten! Abschiebeabkommen kündigen!

Demonstration | Samstag, den 21.Mai 2011 | 13 Uhr (Auftakt) | Stachus München

www.syrien.antira.info | www.fluechtlingsrat-bayern.de

UnterstützerInnen und aufrufende Gruppen: Netzwerk Abschiebestopp Syrien | Bayerischer Flüchtlingsrat | Münchener Flüchtlingsrat | Feliara Nürnberg | Jugendliche ohne Grenzen | Karawane München | Karawane Nürnberg | GEW Stadtverband München | Ai München – AK Asyl | Ai Lauf/Hersbruck

Für Demokratie und Menschenrechte in Syrien!

Die Lage in Syrien ist derzeit so gefährlich wie noch nie: Seit Beginn des Aufstandes Mitte März wurden nach aktuellsten Berichten von Menschenrechtsorganisationen etwa 800 ZivilistInnen bei Protesten erschossen, 8000 Personen wurden verhaftet oder sind verschwunden. Nach Angaben einer Menschenrechtsgruppe wurden hunderte festgenommene Demonstrierende wegen Verunglimpfung des Staates angeklagt. Während in den letzten Wochen in erster Linie von Verhaftungen in Deraa und Damaskus berichtet wurde, mehren sich jetzt Berichte über weitere Verhaftungen Hunderter in den Vorstädten von Damaskus sowie Baniyas und Homs: Die Armee ist bereits in Baniyas eingerückt und soll dabei drei Demonstrantinnen erschossen haben. Baniyas ist augenblicklich weitgehend von der Außenwelt abgeschnitten, der Präsidenten der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte, Rami Abdel Rahman, berichtet von Hausdurchsuchungen. Im Homs rückten gepanzerte Einheiten in drei Stadtviertel ein. Augenzeugen berichten, dass in Homs Haus für Haus nach SympathisantInnen der Protestbewegung durchsucht werde. Auch in einem Vorort von Damaskus sollen Panzer eingerückt und Schüsse gefallen sein. Das Assad-Regime geht immer brutaler gegen RegimegegnerInnen vor; es herrscht derzeit ein absoluter Ausnahmezustand in Syrien.

Daher fordern wir in Solidarität mit den Aufständischen, die sich für die Umsetzung der Demokratie und Menschenrechte in Syrien einsetzen:

- Die sofortige Freilassung der Gefangenen!
- Ein Ende der brutalen Ermordung, Folterung und Inhaftierung von DemonstrantInnen!

Keine Abkommen mit Folterstaaten!

Die syrische Regierung geht jedoch nicht erst seit Mitte März brutal gegen RegimegegnerInnen und Minderheiten vor. Trotz dieser lange bekannten Tatsache, hat Deutschland mit Syrien Anfang 2009 das so genannte "Rückübernahmeabkommen" beschlossen. Dieses Abkommen hat zum Ziel, Tausende von Flüchtlingen nach Syrien abzuschicken, obwohl ihnen dort Haft und Folter drohen. Viele von ihnen waren vor Diskriminierung und Verfolgung als Staatenlose, als KurdInnen, als Angehörige yezidischen Glaubens, als politische AktivistInnen oder als Frauen geflohen und hatten in Deutschland Schutz gesucht. Seit der Vertrag in Kraft getreten ist, konnten zahlreiche Fälle dokumentiert werden, in denen aus Deutschland abgeschobene Flüchtlinge in Syrien inhaftiert wurden, in einigen Fällen wurde bekannt, dass es zu Folterungen kam, wie im Fall von Khaled Kenjo, der mittlerweile erneut aus Syrien geflohen ist und wieder in der BRD lebt. In Syrien werden prinzipiell Personen, die sich länger im Ausland aufgehalten haben, als RegimegegnerInnen eingestuft, die mit westlichen Ideen „infiziert“ seien. Eine Asyltragsstellung wird außerdem häufig als „Beschmutzung des Ansehens Syriens im Ausland“ gewertet – eine Straftat. Daher sind gerade die abgeschobenen Flüchtlinge in der derzeitigen Krisensituation noch mehr davon bedroht, inhaftiert und gefoltert zu werden.

Das Auswärtige Amt rät schon seit Mitte April von Reisen nach Syrien ab, die EU verhängt Sanktionen und die Bundesregierung kritisiert die Gewalt gegen die Demonstrierenden. Tatsächlich hat bislang lediglich das Bundesinnenministerium eine Empfehlung ausgegeben, vorläufig keine Abschiebungen nach Syrien durchzuführen, bis eine Klärung durch das Auswärtige Amt erfolgt. Dadurch sollen syrische Flüchtlinge zwar heute akut nicht nach Syrien abgeschoben werden, wie lange diese Aussetzung jedoch aufrecht erhalten wird, ist unklar. Ein formaler Abschiebestopp wird weiterhin verweigert.

In der Bundesrepublik sind augenblicklich 4800 Personen von Abschiebung gefährdet, davon 228 in Bayern. Darunter befinden sich Staatenlose, die in Syrien keinerlei Bürgerrechte besitzen, Angehörige von Minderheiten, die in Syrien diskriminiert sind - wie KurdInnen und YezidInnen - Oppositionelle und auch Kinder, die in Deutschland geboren sind. Viele der vorgesehenen Abschiebungen sollen auf Grundlage des deutsch-syrischen Rückübernahme-Abkommens durchgeführt werden.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Das Abschiebeabkommen muss sofort außer Kraft gesetzt werden!
- Keine weiteren Abschiebungen nach Syrien! Für einen echten Abschiebestopp!